



10. Sitzung

22.02.2017

Magdeburg, Landtagsgebäude, Domplatz 6-9 Domplatz 6-9

Die Beratung des Tagesordnungspunktes 5 (Drs. 7/701) wurde in die nächste Sitzung verschoben.

1. Die gesellschaftliche Bedrohung durch Rechtsextremismus konsequent bekämpfen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/476**

Alternativantrag Fraktion AfD - **Drs. 7/509**

Der Ausschuss führte in öffentlicher Sitzung eine Beratung durch und erarbeitete mit 8 : 3 : 0 Stimmen eine Beschlussempfehlung an die mitberatenden Ausschüsse.

2. Investitionen und Refinanzierung der Universitätsklinik in Sachsen-Anhalt

Selbstbefassung - **ADrs. 7/SOZ/10**

Der Ausschuss nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen und führte eine Beratung durch. Der Selbstbefassungsantrag wurde für erledigt erklärt.

Die Landesregierung (MS bzw. MW) wurde gebeten die Schiedsstellenentscheidungen zu den Hochschulambulanzen sowie zur Zentrumsmedizin dem Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration sowie dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Verfügung zu stellen.

3. Jugendarbeit ernst nehmen. Zuwendungen pünktlich ausreichen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/477**

Der Ausschuss führte eine Beratung durch und erarbeitete mit 6 : 0 : 5 Stimmen eine Beschlussempfehlung an den Landtag.

4. Mitwirkung der jungen Generation fördern. Demokratie stärken.

Beschluss Landtag - **Drs. 7/326**

Beschlussrealisierung Landesregierung - **Drs. 7/577**

Der Ausschuss verständigte sich nach kurzer Beratung, das Thema im April erneut aufzurufen. Dann soll die Beratung im Rahmen eines Fachgespräches mit dem Landeskinder- und Jugendring stattfinden.

5. Wegwerfverbot für Lebensmittel

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/705**

Der Ausschuss verständigte sich darauf, in der 1. Sitzung nach der Sommerpause (16.8.2017) erneut aufzurufen und sich von der Landesregierung über den Sachstand berichten zu lassen. Darüber hinaus wurde ein Fachgespräch mit dem Landesverband der Tafeln sowie dem Handelsverband in Aussicht genommen.

Die Landesregierung wurde gebeten, nach der Verbraucherschutzministerkonferenz einen Zwischenbericht vorzulegen.

Außerdem wurde die Landesregierung gebeten, die vom MULE in Auftrag gegebene Studie zur Müllvermeidung im Ausschuss vorzustellen.

6. Rahmenbedingungen des Pflegekinderwesens besser ausgestalten

Beschluss Landtag - **Drs. 7/430**

Beschlussrealisierung Landesregierung - **Drs. 7/711**

Der Ausschuss nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen und führte eine Beratung durch. Der Beschluss wurde für erledigt erklärt.

Die Landesregierung wurde gebeten, die Pflegegeldverordnung nach Veröffentlichung dem Ausschuss zuzusenden.

7. Krankenkassenkarten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber

Beschluss des Landtages - **Drs. 6/4775**

Beschlussrealisierung Landesregierung - **Drs. 6/4870**

Der Ausschuss verständigte sich, ein Fachgespräch in der Aprilsitzung durchzuführen. Dieses soll auch die Behandlung der Drucksache 7/880 einschließen.

Die Fraktionen wurden gebeten, bis Ende Februar maximal 2 Anzuhörende zu benennen.

Die Landesregierung wurde gebeten, eine Synopse zu den Regelungen in anderen Bundesländern vorzulegen.

8. Sachstand Geflüchtete in Sachsen-Anhalt

Selbstbefassung Fraktion DIE LINKE - **ADrs. 7/SOZ/1**

Der Ausschuss nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen und führte eine Beratung durch. Das Thema soll in der Sitzung vor der Sommerpause erneut aufgerufen werden.

9. Verschiedenes

9.1 Niederschriften

Die Niederschrift über die 7. Sitzung am 7. Dezember 2016 wurde mit folgender Änderung gebilligt:

Die Passage auf Seite 30 ist wie folgt zu ändern:

„Wolfgang Beck (MS) legt dar, Sachsen-Anhalt nehme an dieser Stelle - *im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern, die dieses Instrument nicht nutzten* - eine Vorreiterrolle ein. Man habe sich in den Verhandlungen mit der Kommission auf dieses Experiment eingelassen, weil man darin die Chance sehe, ein Instrument zu bekommen, mit dem man wichtige Fragen der Zukunft bearbeiten und einen großen gesellschaftlichen Dialog initiieren könne. Dafür wolle man die Mittel, die zu 80 % von der EU zur Verfügung gestellt würden, offensiv nutzen.“

Der Ausschuss billigte darüber hinaus die Niederschriften über die 8. Sitzung am 11.1.2017 sowie über die 9. Sitzung am 18.1.2017.

9.2 Ausbildungsabbrüche

Der Ausschuss verständigte sich das Thema „Ausbildungsabbrüche in Sachsen-Anhalt“ in der Drs. 7/383 aufgrund der im Mai stattfindenden Fachklausur des Landesbeirates „Übergang Schule-Beruf“ erst in seiner Sitzung am 16.8.2017 erneut aufzurufen.

9.3 Termine

Die nächste Sitzung findet am 22.3.2017 statt. Für die Tagesordnung wurden bisher folgende Punkte vorgesehen:

- Entwurf Krebsregistergesetz - Drs. 7/893 zusammen mit A Drs. 7/SOZ/12
- Zunehmende Altersarmut stoppen - würdevolles Leben ermöglichen - Drs. 7/701
- Entwurf Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Blinden- und Gehörlosengeld in S-A - Drs. 7/901
- Möglichkeiten einer selbstbestimmten und natürlichen Geburt in S-A erweitern - Drs. 6/4656
- Arbeit der Telefonseelsorgestellen im Land S-A - A Drs. 7/SOZ/11

Zur Anhörung zum 1. Anstrich (Krebsregister) wurde sich auf folgenden Kreis der Anzuhörenden verständigt:

- Landesregierung
- Ärztekammer
- Verband der Ersatzkassen
- AOK
- Krebsgesellschaft
- Betriebskrankenkassen
- 3 Krebsregisterstellen
- Landesbeauftragter für den Datenschutz

Für das Fachgespräch zum letzten Anstrich (Telefonseelsorge) wurde sich darauf verständigt, den Landesverband einzuladen.

Achim Grünwald
Ausschussdienst
